

Entschließungsantrag

der Bundesräte Josef Ofner, Christoph Steiner
und weiterer Bundesräte
betreffend Rücktritt der Bundesregierung

eingebracht im Zuge der 940. Sitzung des Bundesrats, am 12. Mai 2022, in der Debatte über die Dringliche Anfrage des Bundesrates Christoph Steiner und weiterer Bundesräte an den Bundesminister für Finanzen betreffend Kostenlawine stoppen – Entlastung für Österreich

Die Versagensliste der Bundesregierung:

1. Das Versagen den Terroranschlag vom 2. November 2020 nicht verhindert zu haben
2. Befehl an die Polizei massiv mit Einkesselung sowie mit willkürlichen Strafanzeigen gegen die eigenen Bürger vorzugehen
3. Versagen beim Grenzschutz gegen illegale Migration
4. Keine Auszahlung von Corona-Fördergelder an viele Corona-Maßnahmengeschädigte EPUs und KMUs, obwohl schon vor Monaten beantragt
5. Keine Rückzahlung von Strafen, die aufgrund von verfassungswidrigen Gesetzen und gesetzwidrigen Verordnungen von den Bürgern eingehoben wurden
6. Denunzierung und Herabwürdigung namhafter Wissenschaftler und Experten
7. Anstieg von Suizid-Fällen bei Kindern und Jugendlichen
8. 2021 225 Mio. Euro für Werbung in Medien ausgegeben
9. Explosion von Energie- und Treibstoffpreisen. Treibstoff wird zum Luxusgut und Wohnen wird unleistbar
10. Teuerung von Nahrungsmitteln, insbesondere Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Butter Fleisch, Eier, Gemüse, Salat, Topfen usw.
11. Mehrkosten von 557 Euro pro Haushalt im heurigen Jahr durch Teuerung
12. Belastung der heimischen Wirtschaft und Gefährdung von Arbeitsplätzen durch dramatische Energiepreissituation
13. Befeuerung der Teuerung und Energiearmut durch CO2-Steuer
14. Profit der türkis-grünen Regierung durch enorme Steuermehreinnahmen und Dividenden, während Heizen und Autofahren unleistbar wird
15. Ergebnislose Arbeitssitzungen und Preiskommissionen mit wenig Substanz durch türkis-grüne Ankündigungsgipfel

16. Türkis-grüner Zynismus am Rücken der Endverbraucher:
ÖVP und Grüne beschließen Energieberatung für Verbraucher „zum Schutz vor kalten oder dunklen Wohnungen“
17. Türkis-grünes Tohuwabohu bei Umsetzung des Energiekostenausgleichs
18. Versprochene Budgetaufstockung des Bundesheeres aufgrund des Angriffskrieges Putins gegen die Ukraine nicht eingehalten
19. Fünfzehn Regierungsumbildungen in nicht einmal 2 ½ Jahren
20. Drei Bundeskanzler innerhalb eines Jahres

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse Österreichs, dem Bundespräsidenten seinen Rücktritt und den der Bundesregierung anzubieten.“

